

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (Karl Marx)

WAFFENDERKRITIK

Marxistisches Flugblatt für Studierende und Beschäftigte an der Uni

Nr. 2 4. Juni 2012

Die Linke in der Krise



Das Wahlergebnis in NRW hat deutlich gezeigt, dass die Linkspartei für die lohnabhängige Bevölkerung aktuell keine Alternative zum bürgerlichen Parteienspektrum darstellt. Trotz Wirtschaftskrise und zahlreicher Sozialkürzungen schwindet der Zuspruch für die Linkspartei in der Bevölkerung. Diese beschäftigt sich auch lieber mit sich selbst, anstatt eine Perspektive für die lohnabhängigen Massen jenseits des Kapitalismus zu bieten.

So entbrannte in den letzten Wochen wieder eine hitzige Personaldebatte um den Parteivorstand. Die Debatte ist jedoch nur ein Symptom der Krise der Linkspartei. Nach der Fusion der WASG mit der PDS 2007 stand sie vor der scheinbar unlösbaren Aufgabe, die einzelnen Parteiflügel zu befrieden. So finden sich im offiziellen Parteiprogramm zahlreiche Kompromisse, die zwar eine Überwindung des Kapitalismus als Ziel angeben, jedoch vollkommen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie bleiben. Das äußert sich in der weitverbreiteten Perspektive einer Beteiligung an einer bürgerlich-demokratischen Regierung. Aber wie die Erfahrungen linker Regierungsbeteiligung u.a. in Berlin, und Brandenburg zeigen, läuft das immer auf eine Verwaltung der Misere hinaus.

Ein offensichtliches Indiz für diesen Zustand ist die Förderung des Begriffs des demokratischen Sozialismus. Ehemals als reformistischer Gegenpol zur Oktoberrevolution 1917 zum Marxismus gedacht, wird er heute sowohl von der SPD als auch der Linkspartei aufgegriffen. Dieser Begriff beruht auf der Idee eines Sozialismus auf der Grundlage des Grundgesetzes. Daraus ergibt sich der reformistische Charakter dieses Begriffs, welcher eben nicht auf den revolutionären Kampf der Arbeiter*innenklasse abzielt, sondern auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Sys-

tems. So fordert die Linkspartei eine Beschränkung der Ausbeutung und der Herrschaft, sowie mehr Kontrolle über die Finanzmärkte, anstatt die Abschaffung eben dieser zu forcieren.

Fraglich ist nun, wie diese Krise überwunden werden kann. Voraussetzungen sind unstrittig ein Ende der endlosen Personaldebatten und eine klare Fokussierung auf das Wesentliche. In Zeiten der aktuellen Krise und den damit verbundenen Kürzungen, ist eine breite Organisation der Arbeiter*innenklasse unabdingbar. Dabei spielt die außerparlamentarische Linke die zentrale Rolle. Die mangelnde Kritik der Linkspartei an der Gewerkschaftsbürokratie, die die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung hinter die Interessen des Kapitals stellt, muss unabhängig davon, wer die Parteiführung übernimmt, hinterfragt werden. So kann nur ein Bruch mit dieser Bürokratie und der damit verbundene Aufbau von demokratisch organisierten Gewerkschaften den richtigen Weg aus der Misere ebnen. Auch andere revolutionäre Bewegungen müssen ständig Druck auf die herrschende Klasse ausüben. Die Aufgabe der Linkspartei liegt darin, diese Bewegungen innerparlamentarisch zu stützen und auszubauen, sodass eine klare Trennung zwischen inner- und außerparlamentarischer Arbeit nicht gegeben ist.

Das Wähler*innenpotential ist zweifelsfrei gegeben, wie die Proteste in Frankfurt am Main deutlich belegt haben, bei denen rund 30.000 Menschen gegen Kapitalismus auf die Straße gegangen sind. Auf dieser Basis muss eine offen revolutionäre Kraft aufgebaut werden, die die verschiedenen Kämpfe gegen die Auswirkungen der Krise zu einem Kampf gegen das System zusammenführen kann. Denn nur als geschlossene, revolutionäre Bewegung ist die Überwindung des kapitalistischen Systems möglich.

IG Metall: Chancen vertan

Drei Wochen lang ließ die IG Metall ordentlich die Muskeln spielen: 800.000 Beschäftigte der Metall- und Elektro-Industrie beteiligten sich im Mai an Warnstreiks und Protestaktionen, um den Forderungen nach 6,5% mehr Lohn, unbefristeter Übernahme aller Ausgebildeten und einer Eindämmung der Leiharbeit Nachdruck zu verleihen. Doch anstatt diese geballte Kraft dann auch zu nutzen, wurde kurzerhand 4% Lohnerhöhung ausgehandelt. Welche Azubis weiterbeschäftigt werden, dürfen sich die Chefs und Chefinnen trotz „Neuregelung“ aussuchen und an den miesen Bedingungen für Leiharbeiter*innen hat sich im Wesentlichen auch nichts geändert.

Mit richtigen Streiks wäre ein anderes Ergebnis möglich! Als einer der bestorganisierten Sektoren der deutschen Arbeiter*innenklasse ist es drin, die Festanstellung aller Leiharbeiter*innen durchzusetzen, wie von Teilen der Belegschaft gefordert. Ein entschlossener Kampf wäre auch ein wichtiges Signal für die Kolleg*innen anderer Branchen.

Trotz der verpassten Chancen titelt die IG Metall Website selbstzufrieden: „Abschluss perfekt!“ Wie erklärt sich das?

Während es an der Basis verhaltene Einsprüche und die ein oder andere Verwünschung gibt, ist es für die Gewerkschaftsbürokratie tatsächlich super gelaufen. Sie hat ihre Mitgliedschaft kurzzeitig mobilisiert, um etwas Druck abzulassen und dabei erneut bewiesen, wie unverzichtbar sie ist. Unverzichtbar vor allem für die Kapitalist*innen, da sie jeglichen Protest im Zaum hält, bevor er wirklich gefährlich werden kann. Und den Gewerkschaftsbossen wie Berthold Huber und anderen gut gestellten Bürokrat*innen kann es schließlich egal sein, ob nun 4%, 6,5% oder 0% ausgehandelt werden – ihre Spitzengehälter bekommen sie auch weiterhin gezahlt.

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

VSdP: R. Müller, Hamburg

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ABC des Marxismus

C wie Chauvinismus

Als Ursache für die sich vertiefende Wirtschaftskrise stellt die bürgerliche Medienlandschaft unermüdlich „die faulen Südländer“ vor Gericht. Vor allem „die Griechen“, die „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten. Im Zuge der Anklagen wird sich dabei ebenso wenig wegen nationalistischer Verallgemeinerungen geschämt, wie wegen der krassen Widersprüche selbst gegenüber den offiziellen Statistiken. Letztere finden weder ein irgendwie „dekadentes“ Renteneintrittsalter oder Renteneinkommen vor (beides liegt laut Eurostat unter dem EU-Durchschnitt) noch geringere Arbeitszeiten als zum Beispiel in Deutschland

(durchschnittliche jährliche Arbeitsstunden laut OECD im Jahr 2010: 1390 in der BRD gegen 2119 in Griechenland). Woher also diese chauvinistische Hetze?

Nationalismus und anderer Chauvinismus sind keine Ausrutscher „ungefestigter Demokratien“ sondern unbedingte Folge kapitalistischer Verhältnisse. Die Entwicklung des Kapitalismus seit dem 18. Jahrhundert schuf nationale Märkte und Nationalstaaten, die dann eine ideologische Rechtfertigung in Form des Nationalismus brauchten. Diese Ideologie verschärfte sich auch mit der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Staaten im Zeitalter des Imperialismus.

Besonders in Krisenzeiten wird dieser Zusammenhang offensichtlich. Es wird zwischen den Klassen Einheit propagiert, deren Gegensätzlichkeit eigentlich die Krise ausmacht („Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“ Wilhelm II). Gleichzeitig werden dort Grenzen gezogen, wo die Gesetze der Ausbeutung keine Unterschiede kennen. Zur Trennung der Ausbeuteten und Unterdrückten verbreiten die gesellschaftlichen Träger*innen kapitalistischer Ideologie solchen Chauvinismus kontinuierlich. Ein Beispiel ist die nationalistische Standortlogik der heutigen bürokratischen Gewerkschaftsführungen.

Des Präsidiums neue Schläuche

**Proteste Organisieren:
6. Juni - 14 Uhr
Hörsaal 1a (Silberlaube)
Studentische
Vollversammlung!**

An der FU Berlin rumort es. Im Hinterzimmer hat die Hochschulleitung eine „Rahmenprüfungsordnung“ erarbeitet, die ein Bündel extrem restriktiver und sozialer Regelungen beinhaltet. Konkret sollen etwa Prüfungen pro Modul nur noch zwei Mal wiederholt werden dürfen. Bei einem

Pflichtmodul würde ein Misserfolg also zugleich das Scheitern des Studiums bedeuten. Weiter sollen Zwangsstudienberatungen zukünftig bereits ab dem dritten Semester stattfinden. So will man vom ersten Semester an einen enormen Leistungs- und Konformitätsdruck erzeugen.

Die gesamte FU gerät nun in Aufruhr. Doch auch wenn einige dem Präsidium vorwerfen, die Studierenden und ihre Sorgen nicht zu verstehen, handelt es sich hier weder um ein Missverständnis noch um persönliche Böswilligkeit. Es geht um die Installierung von Druckmitteln, wie man sie aus dem neoliberalen Umbau der Hochschule sehr gut kennt. Die Maluspunkte-Regelung etwa – 2005 auf Druck studentischer Proteste ausgesetzt – zielte auf einen vergleichbaren zentralisierten Überwachungs- und Bestrafungsmechanismus ab.

Die Rahmenprüfungsordnung markiert also einen massiven, aber nicht beispiellosen Angriff. Nicht nur in der Hochschule werden die Menschen zunehmender Kontrolle und Arbeitszwang ausgesetzt. Hartz IV, der Abbau von Sozialleistungen, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen etc. sprechen dieselbe Sprache wie die Verwalter*innen der Universität. Im Protest gegen die Rahmenprüfungsordnung gilt es, studentische Freiräume zu erhalten. Darüber hinaus ist es jedoch wichtig, über den universitären Tellerrand zu schauen und Widerstand gegen eine Gesellschaftsordnung zu organisieren, deren einziger Maßstab die Verwertbarkeit von Dingen, Wissen, Menschen bildet.

Um gemeinsam Proteste gegen die Prüfungsordnung und darüber hinaus zu organisieren, kommt am 6. Juni um 14 Uhr zur Freien Universität Berlin in den Hörsaal 1A (Silberlaube) zur studentischen Vollversammlung!

WAFFENDERKRITIK wird auf offenen Treffen erarbeitet. Zum Beispiel auf der Universität Potsdam: Jeden Montag, 16:00 Uhr, Raum 3.06.S16. ✉ waffenderkritik@riseup.net

Québec: Mouvement étudiant

Seit über 100 Tagen kämpfen viele Studierende gemeinsam mit anderen Sektoren im kanadischen Québec mit immer radikaleren Mitteln gegen die Regierung der Provinz, die versucht, die Studiengebühren um etwa 75% zu erhöhen. Seit März gingen immer wieder Hunderttausende gegen diese Pläne auf die Straße. Ein Dialogtisch blieb ohne Ergebnis (weil die Regierung nichts anbot) und eine Bildungsministerin musste zurücktreten.

Das wirkliche „Dialogangebot“ der Regierung von Charest von der Liberalen Partei bestand in einer Verschärfung der Repressionsgesetze. In den ersten 100 Tagen wurden mehr als 1.500 Menschen verhaftet – das soll der Polizei noch erleichtert werden. Das Sondergesetz Nr. 78 soll dem Staat ermöglichen, gegen unangemeldete Demonstrationen oder verummte Demonstrant*innen vorzugehen und auch Organisator*innen von Protesten für jegliche Schäden haftbar zu machen (wie teilweise in Deutschland). Doch die Repression scheint nur die Entschlossenheit der Aktivist*innen des „Ahornsirup-Frühlings“ zu stärken, die sich bereits seit Februar im Streik befinden. Besonders in der letzten Woche wehrten sie sich mit militanten Taktiken gegen die Angriffe der Polizei.

Die Regierung geht nicht nur gegen die Rechte der Studierenden vor, sondern gegen die Errungenschaften der traditionell relativ starken Arbeiter*innenbewegung Québecs. Aus diesem Grund war die Bewegung ein Fanal für Arbeiter*innen und andere Sektoren, die sich aktiv beteiligen. Um die Reform und auch die Regierung dahinter zu Fall zu bringen, muss das Bündnis von Studierenden und Arbeiter*innen seine Aktionen zu einem unbefristeten Streik an den Unis und in der gesamten Wirtschaft ausweiten.



LEO TROTZKIS MARXISMUS

Lew Dawidowitsch Bronstein alias „Trotzki“, wichtiger Akteur der Oktoberrevolution 1917, organisierte die Rote Armee und hielt der stalinistischen Reaktion den revolutionären, internationalistischen Marxismus entgegen. 1938 gründete er die Vierte Internationale gegen Kapitalismus, Faschismus und Stalinismus. Wie aktuell sind Programm und Theorie Trotzki heute?

Veranstaltungsreihe:

6. Juni: Kapitalistische Krise und Übergangsprogramm
13. Juni: Arabischer Frühling und Permanente Revolution
immer 19 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, U-Bhf. Kotti

Herausgegeben von
R10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

ViSdP: R. Müller, Hamburg